

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/207

Bonn, den 29. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Ungewohnte Rolle der CDU/CSU ----- Zur Aussprache über die Regierungserklärung	62
2 - 3	E U R O P A ----- Die EWG-Agrarpolitik steht vor dem Neubeginn Von Dr. Hans Apel, MdB	57
4	Schweden bekämpft unlautere Werbemethoden ----- Das "weißeste Weiß" wird unter die Lupe genommen	43
5	"Gesinnungswandel in der Bundesrepublik Deutschland" ----- Jugoslawisches Echo auf die Brandt-Wahl Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	47

* * *

Ungewohnte Rolle der CDU/CSU

Zur Aussprache über die Regierungserklärung

sp - Es ist gut, daß Millionen Bundesbürger über Rundfunk und Fernsehen direkt die Aussprache über die Regierungserklärung verfolgen können. Das schärft gewiß ihr Urteilsvermögen. Sie nehmen teil an einem erregenden Vorgang, wie er in der deutschen Nachkriegsgeschichte noch nicht zu verzeichnen war. Sie sehen die Unionsparteien auf den Bänken der Opposition.

Offensichtlich haben die C-Parteien zur Rolle, die sie als opponierende und kontrollierende Kraft gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ausüben sollen, noch keine richtige Einstellung gefunden. Das ging aus der Rede ihres ersten Sprechers, Dr. Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hervor. Sein schillernder, von unterschwelligem Bemerkungen nicht ganz freier und an manchen Stellen sogar widersprüchlicher Beitrag zählt gewiß nicht zu seinen besten Leistungen; als einer der Führer der Opposition hat er noch harte Lehrjahre vor sich. Die Meisterprüfung liegt in weiter Ferne.

Was sich später einige Abgeordnete der CDU und der CSU in kläglich-licher Abwehr von Strauß-Gemeinheiten leisteten, läßt vermuten, daß man in diesen Kreisen im Augenblick auf die Fortsetzung sachlicher Parlamentsarbeit wenig Wert zu legen scheint. Es war die legitime Pflicht des Bundeskanzlers, jene Äußerungen von Strauß zurückzuweisen, mit denen der CSU-Vorsitzende in den Vereinigten Staaten den Regierungswechsel in Bonn so darzustellen beliebte, als würde in der Bundesrepublik Schreckliches geschehen. Auch der Hinweis auf den "Bayern-Kurs" und die Forderung des Bundeskanzlers, es müsse im Parlament die gleiche Sprache gesprochen werden wie draußen, war eine Notwendigkeit, wenn vermieden werden soll, daß Gemeinheiten zum Ausdruck parlamentarischer Arbeit werden.

Der 6. Deutsche Bundestag wird sich nicht über Langweile oder Arbeitsmangel zu beklagen haben. Das am Sachlichen und Notwendigen

Das sachlich orientierende Reformprogramm der Regierung Brandt-Scheel setzt erreichbare Stationen in der Gesellschaftspolitik. Wird der Appell des Bundeskanzlers: "Im sachlichen Gegeneinander und im nationalen Miteinander von Regierung und Opposition ist es unsere gemeinsame Aufgabe, dieser Bundesrepublik eine Zukunft zu sichern", eine Entscheidung im Parlament finden?

Die Unionsparteien, durch 20jährige Herrschaft verwöhnt und arrogant geworden, aber nun innerlich vollkommen durcheinandergeraten, schwanken wohl zwischen der Beachtung parlamentarischer Regeln und einem mehr von Emotionen bestimmten Verhaltens. Der böse Satz von Franz Josef Strauß, ausgesprochen am 12. Oktober in den Vereinigten Staaten, daß "Ausverkauf deutscher Interessen" unter der Regierung Brandt läßt das Nächste Schlimmes ahnen.

Doch was immer die Unionsparteien in den nächsten Jahren tun oder unterlassen werden, dem Zwang zur sachlichen Auseinandersetzung werden sie sich nicht entziehen können. Diese Auseinandersetzung erfolgt vor den Augen der mündig gewordenen Bürger unseres Staates.

Es war während der ersten Stunden der Aussprache über die Regierungserklärung bemerkenswert, daß sich vornehmlich jüngere CDU- und CSU-Abgeordnete in das Zwischenruf-Getümmel stürzten und Herrn Barzel sekundierten, als wollten sie demonstrieren, wie sehr sie sich verpflichtet fühlen, die Abgewogenheit des Urteils älterer Abgeordneter zu ignorieren. Und Herr Barzel selbst gab sich "jung", ohne allerdings vertuschen zu können, daß er sich schon in der ersten Parlamentsdebatte nach der Bundestagswahl ganz zielbewußt und im Gegensatz zum Parteivorsitzenden Kiesinger als Oppositionsführer aufzuspielen gedankt. Seine schlecht gespielte Erregung ist bestimmt nicht lange durchzuhalten. Die Erfordernisse der sachlichen Parlamentsarbeit werden auch Herrn Barzel dazu zwingen, seine jüngeren Parlamentsmitglieder darauf aufmerksam zu machen, worauf es ankommt.

+ + +

E U R O P A

Die EWG-Agrarpolitik steht vor dem Neubeginn

Von Dr. Hans Apel, MdB

Die deutsche Aufwertung hat dem EWG-Agrarmarkt keine neuen Probleme gestellt, sie aber zweifelsohne noch sichtbarer gemacht. Denn die Freigabe der DM-Wechselkurse am Montag nach der Bundestagswahl als zwangsläufige Folge der von Kiesinger geforderten Schließung der Devisenbörsen hatte bereits zur Notwendigkeit von Importabgaben bei Agrarimporten aus den anderen EWG-Ländern geführt. Damit war nach der Loslösung des französischen Agrarmarktes als Konsequenz der Franc-Abwertung eine Reihe von Sonderregelungen für die italienische Agrarwirtschaft und der Abtrennung von Belgien und Luxemburg durch Preisabgaben vom gemeinsamen Milchmarkt eine tiefgreifende Auflösung des EWG-Agrarmarktes in seine nationalen Bestandteile Wirklichkeit geworden.

- * Den Sprengstoff hatten die Väter der EWG-Agrarmarktordnungen
- * selbst mit in ihre Konstruktionen eingebaut. Sie hatten sich
- * mit der Bindung der EWG-Agrarpreise an den Dollar als EWG-Ver-
- * rechnungseinheit und der Schaffung rigoroser Marktordnungen
- * b e w u ß t der Gefahr wachsender Überproduktion und der Ab-
- * hängigkeit von den gegebenen Paritäten ausgesetzt.

Die Verantwortung der Organe der EWG an dieser flexiblen Konstruktion und damit einer vor ihnen ausgehenden Gefährdung für den inneren Zusammenhalt der EWG wird auch nicht dadurch gemildert, daß die nationalen Experten und Agrarminister die EWG-Agrarkonstruktionen noch weiter kompliziert und eine folgenschwere Preispolitik eingeleitet haben.

Die Verkettung der EWG-Märkte im Bereich der Agrarwirtschaft über die EWG-Recheneinheit hätten eine Reihe weiterer gemeinsamer Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Konjunkturpolitik und der

Währungspolitik folgen müssen, wenn wenigstens die Konstruktion der Marktordnungen hätte funktionieren sollen. Dazu waren die nationalen Regierungen weder bereit noch in der Lage.

Artikel 107 des EWG-Vertrages fordert die Mitgliedsstaaten auf, die Wechselkurse als eine Angelegenheit von gemeinsamer Interesse zu behandeln. Die Wechselkurse sind aber nicht mehr als Reflex der unterschiedlichen binnenwirtschaftlichen Entwicklung in den EWG-Ländern. Denn eine Veränderung der Wechselkurse reflektiert nur unterschiedliche Preisauftriebstendenzen. Sie ist keine autonome Maßnahme.

- Insofern sind diejenigen EWG-Länder für die Schwierigkeiten aus
- Wechselkursänderungen verantwortlich, die keine stabilitätsorien-
- tierte Konjunkturpolitik betreiben konnten. Sie haben die Bundes-
- regierung mit veranlaßt, den Wechselkurs der DM zu verändern.

Außerdem ist der Erfolg der französischen Stabilitätspolitik weitgehend abhängig von der nun beschlossenen DM-Aufwertung. Aus dieser Sicht ist es auch durchaus gerechtfertigt, daß sich unsere EWG-Partner an der Finanzierung des Ausgleiches der Einkommensverluste für unsere Landwirtschaft über den Agrarfonds beteiligen. Denn unsere Aufwertung ist zum Teil Folge der Konjunkturpolitik der anderen und auch in ihrem Interesse.

Es wird noch einige Zeit an den Symptomen herumkuriert werden. Dennoch wird es höchste Zeit, die gesamte EWG-Agrarpolitik und ihre Finanzierung neu zu überdenken und sie in die allgemeine Wirtschafts- und Währungspolitik der Gemeinschaft einzubetten. Dabei muß die EWG-Agrarpolitik auch den finanziellen Möglichkeiten der Mitgliedsländer, der wirtschaftlichen Vernunft und der Beteiligung derer, die die Überschüsse produzieren, basieren. Insofern können unsere aktuellen Schwierigkeiten hilfreich sein, der EWG einen neuen, realistischen Start zu geben, der uns auf den Weg einer echten und umfassenden Wirtschaftsunion bringt.

+ + +

Schweden bekämpft unlautere Werbemethoden

Das "weißeste Weiß" wird unter die Lupe genommen.

nm. - Die schwedische Regierung unter dem sozialdemokratischen Staatsminister Olof Palme beabsichtigt im Reichstag in Stockholm einen Gesetzentwurf einzubringen, der unlautere Werbemethoden ausschalten soll. Der Entwurf ist bereits unter der Ägide des jetzt ausgeschiedenen Staatsministers Tage Erlander konzipiert worden.

Das Gesetz will verhindern, daß in Schweden mit unlauteren Werbemethoden auf die Bevölkerung eingewirkt wird. Ein staatlicher Beauftragter für die Verbraucher und ein besonderes Gericht sollen über die Einhaltung der Normen einer wahrheitsgemäßen Werbung wachen. In der Kommission für Werbesachen werden Verbraucher und Unternehmer vertreten sein.

In Schweden sollen künftig keine Werbemethoden mehr angewendet werden, die gegen gültige Normen verstoßen. Es darf nicht mehr mit Rabatten oder Geschenkversprechungen um den Absatz geworben werden. Es sind verboten, auf Verpackungen irreführende Angaben zu machen.

Mit diesem Gesetz soll ein Arbeitskreis unterstützt werden, den das schwedische Handels- und Geschäftsleben bereits gebildet hatte. Dieser Arbeitskreis bezeichnete beispielsweise 20 Prozent der Zeitungsannoncen als minderwertig. Er arbeitet nach den Grundsätzen der internationalen Handelskammer aus dem Jahre 1966. Danach soll die Werbung vor allem für die Qualitätsverbesserung der Erzeugnisse da sein. Bei diesem Arbeitskreis gingen jährlich etwa 200 Beschwerden über irreführende Werbemethoden ein. Im allgemeinen folgten die schwedischen Werbeunternehmen den Zurechtweisungen, die aufgrund dieser Beschwerden ausgesprochen wurden. Einige Werbefilme wurden aber auch aus dem Zentralverband schwedischer Werbeunternehmer ausgeschlossen.

Professor Bertil Haller von der Stockholmer Technischen Universität legte erst jetzt eine Denkschrift vor, die sich kritisch mit den Werbemethoden für Erzeugnisse der Meßtechnik auseinandersetzt. Er bemängelte die unklaren Formulierungen, welche die Genauigkeit der Meßgeräte verschleiert. Zum Teil würde auch mit irreführenden Begriffen gearbeitet, um den Verbraucher zum Kauf der Erzeugnisse zu veranlassen.

In der öffentlichen Diskussion in Schweden steht inzwischen die Werbung mit Waschmitteln. Es wird zunehmend kritisiert, daß neuartige synthetische Waschmittel den Eindruck erwecken, die Wäsche könnte durch sie "weißer als weiß" werden. Dabei werde vor allem verschleiert, daß es sich bei den Weißmachern um chemische Präparate handelt, die unter Umständen wie Wasserstoffsuperoxyd wirken und dann keineswegs die Textilien schonen. Ferner wird darauf hingewiesen, man suggeriere bei "weißeste Weiß" in der Waschmittelwerbung, gebe aber nicht redlich darüber Auskunft, in welchem Umfange synthetische Waschmittel auch hauptsächlich die eigentlichen Schmutzsubstanzen aus den Geweben holen.

+ + +

"Gesinnungswandel in der Bundesrepublik Deutschland"

Jugoslawisches Echo auf die Brandt-Wahl

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Willy Brandt, so heißt es im Belgrader Parteiorgan "Borba", sei in Sinn, Haltung und Programm immer besser mit John Kennedy vergleichbar, und wenn man die Popularität dieses amerikanischen Führers in Jugoslawien kennt, dann gibt es für den Führer der deutschen Sozialdemokratie, der seine Partei nach 39jähriger Unterbrechung wieder zurück an die Macht gebracht hat, kaum ein größeres Lob.

Die "Politika", das offiziöse Belgrader Regierungsorgan, enthält sich zwar jeden Vergleichs, weist aber darauf hin, daß zum erstenmal in der Geschichte Westdeutschlands mit Willy Brandt eine Persönlichkeit ins Bundeskanzleramt gelangt sei, die einen aktiven politischen Kampf gegen Hitler und das Naziregime geführt habe. Doch die schon zitierte "Borba" geht noch ein Stückchen weiter und meint, daß Brandts langer und dornenvoller Kampf für seine humanistischen Rechtsauffassungen, der nun mit seinem Sieg einen vorläufigen Höhepunkt erreicht habe, nicht nur zu seinen eigenen Gunsten spricht, sondern daß dieser Sieg auch einiges über die Veränderungen aussage, die in Deutschland überhaupt vorgegangen seien. Die Mehrheit der deutschen Wähler habe offenbar einen Gesinnungs- und Meinungswandel hinter sich, der es zulasse, daß ein sozialdemokratischer, antifaschistischer Arbeitersohn an seine Spitze trete, und man müsse diesen Wandel als historisch bezeichnen, obgleich von diesem Wort in Zusammenhang mit Regierungswechseln schon häufig Mißbrauch getrieben worden sei.

Mit anderen Worten: Das Ansehen Deutschlands hat eine erhebliche Aufwertung im Ausland erhalten, mit der alle Wähler, nicht nur die der Sozialdemokratischen Partei, zufrieden sein können.

Konkret allerdings erwartet man von der neuen Bonner Koalition zunächst keine aufsehenerregenden Schritte. Brandt sei eher der Kanzler innerer Reformen, meint "Politika ekspres", und die "Politika", ihr Mitterblatt, deutet an, daß nach hiesiger Auffassung darunter eingreifende Veränderungen der westdeutschen Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur sowie des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland vorstanden werden. Außenpolitisch werde die neue Bundesregierung zwar einen elastischeren und realistischeren Kurs vor allem gegenüber Osteuropa führen, doch gibt man sich auch hier keinen Täuschungen hin, daß die Bonner Außenpolitik auch weiterhin im Kontext der westlichen Bündnispolitik stehen wird und nur solche Veränderungen erfahren dürfte, die von den Alliierten Westdeutschlands im Westen gebilligt würden. In erster Linie erwartet man von Brandt die deutsche Unterschrift für den Atomwaffensperrvertrag, dann einen Modus vivendi zwischen Bonn und Ostberlin, eine Annäherung zwischen Westdeutschland einerseits und Polen sowie der Sowjetunion andererseits sowie schließlich, in eigener Sache, eine finanzielle Entschädigung für die jugoslawischen Kriegsoffer, ein Problem, das schon lange der Stein des Anstoßes zwischen Bonn und Belgrad ist. Der erste direkte Kontakt zwischen Jugoslawien und der neuen westdeutschen Führung dürfte übrigens schon in den nächsten Tagen zu erwarten sein, wenn eine Studiendelegation des Sozialistischen Bundes der Werktätigen mit dem hohen Parteifunktionär Stane Dolanc und dem jugoslawischen Außenpolitiker Josip Djerdja Bonn besuchen wird.